

»Der Obelisk in Nickern darf nicht zum Pilgerort der Rechten werden.«

Margot Gaitzsch



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

März 2021



Gemeinsam aus der Krise

Die Corona-Pandemie ist für alle herausfordernd – Einsamkeit, Distanz und finanzielle Unsicherheit prägen das gesellschaftliche Leben. Bleiben wir solidarisch, rücksichtsvoll und hilfsbereit gegenüber unseren Mitmenschen. » Seite 3

Von unten betrachtet

Als LINKE versuchen wir die Perspektive von unten einzunehmen – nicht um uns vor »denen da oben« zu ängstigen, sondern um ihr Handeln zu bewerten.

Von unten aus fotografierte Objekte erscheinen größer, machtvoller, mitunter bedrohlicher. Was die Fotografie als »Untersicht« bezeichnet, beschreibt im Politischen ziemlich genau unsere Sicht der Dinge. Dann meint diese Untersicht den Blick derer, die nicht in den oberen Chefetagen an den Hebeln der Macht sitzen, die aber mit dem dort Entschiedenen und nach unten Durchgestellten konfrontiert sind – die Untersicht der Unterschicht also. In der Debatte um die Erhöhung der Parkgebühren nehmen wir die Perspektive derer ein, die im Alltag mit den Fol-

gen von Klimawandel und Luftverschmutzung konfrontiert sind, die im Kleinen nach der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs rufen, weil sie sich im Großen ohnmächtig Megakonzernen gegenübersehen, die die Ressourcen unserer Erde verballern.

Wir sehen aber auch die Perspektive derer, die das Auto brauchen, weil die eigene Kraft für den Wocheneinkauf per Bahn nicht reicht, von im Pflegedienst Tätigen, von Familien, die die Nutzung von Bus und Bahn kaum in den Alltag integrieren können. Perspektive von unten meint auch, nach

zugänglichen öffentlichen Toiletten und dem Vorhandensein etwa von Damenhygieneprodukten zu fragen – während in einer immer mehr kommerzialisierten Stadt selbst die Notdurft zahlungspflichtig ist. Es meint, für den Erhalt von Proberäumen zu kämpfen, wenn einem Vermieter das Einzelschicksal von 150 Bands egal ist. Und natürlich meint die Perspektive von unten auch den Blick auf soziale Projekte im Bereich Gleichstellung, die beinahe eingestampft worden wären. Diese Ausgabe widmet sich genau dieser Perspektive von unten. *Thomas Feske*

ANTIFASCHISMUS

Umgestaltung des Obeliskens in Nickern

Der dreiseitige Obelisk in Nickern wurde 1920 zur Erinnerung an die 18 Gefallenen aus Dresden-Nickern im Ersten Weltkrieg aufgestellt. 1945 wurde er nach der Zerstörung Dresdens den Opfern der Luftangriffe auf Dresden neu gewidmet. In den letzten Jahren wird kontrovers diskutiert, wie im öffentlichen Raum an die Geschehnisse des 13. Februar erinnert werden soll. Zudem wurde der Obelisk zunehmend zum Ziel rechter Gedenkkultur, an dem jährlich zum 13. Februar rechte Gruppierungen ihre eigene Interpretation von der »Bombardierung der unschuldigen Stadt« propagieren. Die Fraktionen von LINKE, SPD und Grünen haben bereits 2016 einen Antrag eingebracht, um den Obelisk umgestalten zu lassen. Stadträtin Margot Gaitzsch ist an diesem Prozess beteiligt und berichtet über den gegenwärtigen Austausch mit der Verwaltung und den anderen Fraktionen. » Seite 4



Porträt des Komponisten Heinrich Schütz (1585–1672)

SCHÜTZ.22

Europäisches Festjahr

Anlässlich des 350. Todestages von Heinrich Schütz plant Dresden ein Festjahr zu Ehren des ersten deutschen Komponisten von europäischem Rang. Es soll in Hinblick auf seinen Geburtstag am 8. Oktober beginnen und im kommenden Jahr zu seinem Todestag am 6. November enden.

Im Zentrum soll ein großangelegter Konzertzyklus stehen, bei dem unter anderem der Dresdner Kreuzchor, der Dresdner Kammerchor, die Cappella Sagittariana, AuditivVokal, die Serkowitzer Volksoper sowie Schüler:innen des Heinrich-Schütz-Konservatoriums Dresden gemeinsam musizieren werden. Als prominentester Vertreter des Frühbarocks prägte Heinrich Schütz wie kein anderer die Musikergenerationen nach ihm. Seine Werke waren beeinflusst vom Dreißigjährigen Krieg, mehreren Pestepidemien und sozialen Umwälzungen. Dadurch kam im frühen 17. Jahrhundert das kulturelle Leben in Europa fast vollständig zum Erliegen. Geboren in Köstritz, lebte

Schütz von 1617 bis 1657 in Dresden, unter anderem am Neumarkt 12, wo noch heute eine Gedenktafel an ihn erinnert. Kurfürst Johann Georg I. hatte ihn für die Leitung der Hofkapelle engagiert, die er zunächst nur stellvertretend ausübte.

Erst nach dem Tod von Michael Praetorius 1621 wurde Heinrich Schütz alleiniger Kapellmeister am sächsischen Hof und hatte diese Funktion bis zu seinem Lebensende inne. Die Dresdner Hofkapelle hatte aufgrund der angespannten politischen und wirtschaftlichen Lage große Schwierigkeiten mit der Versorgung und Bezahlung der Musiker, sodass auch Heinrich Schütz sich immer wieder Beschäftigungen außerhalb Dresdens suchen musste. Er starb im hohen Alter von 87 Jahren und wurde in der alten Frauenkirche beigesetzt. Sein Grab ging im Zuge des Abrisses im Jahr 1727 verloren. Heute erinnert ein Gedenkband im Fußboden der wiederaufgebauten Frauenkirche an den Dresdner Ausnahmekomponisten.

Anne Holowenko

Eine enorme Fehlentwicklung

Struktureller Rassismus im Bildungssystem

Vor kurzem wandte sich eine engagierte Bürger:in in der Geflüchtetenhilfe in einem Brief an die Fraktion DIE LINKE. Das Problem: Ein palästinensischer Junge, der seit fünf Jahren an einer Schule unterrichtet wird, kann immer noch nicht lesen und schreiben. Ein Versagen des Bildungssystems? An dieser Stelle wird ein Auszug aus dem Brief veröffentlicht.

»[...] Salim* geht seit fünf Jahren in die Grundschule, kann aber immer noch nicht lesen. Er geht in die 4. Klasse (1. Klasse wiederholt). In seiner Klasse haben 70 Prozent der Kinder Migrationshintergrund. Er hat mit Sicherheit eine Legasthenie, denn in Mathe ist er sehr gut, Kopfrechnen ist kein Problem. Es gibt keinen vernünftigen Test für Legasthenie, der bei Kindern angewendet werden kann, die nicht Deutsch als Muttersprache haben. In der Schule gibt es drei Legasthenie-Klassen, in die kein einziges Kind mit einem Migrationshintergrund geht. Der Klassenlehrer ist im Rahmen seiner Möglichkeiten sehr engagiert, aber die Schulleitung ignoriert die Probleme. [...] Salim ist weit davon entfernt, einen Text sinnverstehend zu lesen. Circa einmal Woche bin ich in der Familie und übe mit ihm oder lese vor.

Die erneute Schulschließung über viele Wochen ist für ihn eine weitere Katastrophe, denn er kann nicht alleine lernen, denn er kann ja die Aufga-



Wenn Schüler:innen in der Schule scheitern, werden die schnell »weitergereicht«. Das muss nicht geschehen, wenn sie seitens der Schule richtig gefördert werden.

benstellung auch für Mathe nicht lesen. Die Mutter spricht kein Deutsch, der Vater nur ganz wenig, sie können ihn also auch nicht unterstützen. [...]

Ich finde, es ist ein Skandal, dass ein Kind fünf Jahre in die Schule geht und nicht einmal einigermaßen lesen gelernt hat. Oder bleibt nur Förderschule?»

Leider ist dieser Bericht kein Einzelfall. Trotz der Unterstützung einer Ehren-

amtlerin, ist es nicht gelungen, einen Jungen so zu unterstützen, wie es notwendig wäre. Alle Gespräche mit Lehrer:innen, Schulleiter:innen und Schulverwaltungsamt zeigen auf, welche enorme Fehlentwicklung es in Dresden gibt:

1. Die Zahl der funktionalen Analphabeten in der 5. Klasse der Oberschulen nimmt stetig zu. Bis zu 20 Prozent können Textinhalte in ihren Zusammenhängen nicht erfassen.

2. Wenn ein Kind an der Schule scheitert, dann wird es sehr schnell auf eine andere Schule »weitergereicht«. Am Ende stehen die Förderschulen.

3. An der Robinsonschule – einer Schule für Kinder mit einer geistigen Einschränkung – lernen viele Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund; ihr Anteil beträgt 63 Prozent. An den anderen Förderschulen für Kinder mit Lernschwierigkeiten und Förderbedarf im sozialen bzw. emotionalen Bedarf sieht es nicht grundsätzlich anders aus. Dabei

Wir als Stadt müssen etwas unternehmen.

müsste der größte Teil der Kinder nicht hier sein, wenn sie zügig deutsch lernen können oder auf ihre individuellen Lernschwierigkeiten eingegangen wird.

Das lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Das Bildungssystem hat an dieser Stelle total versagt. Die Kinder, die oft eine lange Zeit der Flucht hinter sich haben, traumatische Erfahrungen mit Krieg, Gewalt und Not gemacht haben, werden im Stich gelassen. Sie werden systematisch als behindert eingestuft, obwohl das nicht die Ursache für Lerndefizite ist. Das ist für mich struktureller Rassismus, verantwortlich ist dafür das Landesamt für Schule und Bildung und das Kultusministerium. Aber auch wir als Stadt müssen etwas unternehmen.

Während in anderen Bundesländern die Zahl der Förderschulen stetig sinkt, schlägt uns der Bildungsbürgermeister als Lösung vor, eine weitere Förderschule zu bauen. Dem kann DIE LINKE nicht zustimmen.

Anja Apel

*Name von der Redaktion geändert

Solidarität statt Egoismus

Die Corona-Pandemie ist derzeit wohl das mestdiskutierte gesellschaftliche Thema. Der Dresdner Stadtrat debattierte in einer Aktuellen Stunde über deren Auswirkungen. Wir dokumentieren die Rede des LINKE-Fraktionsvorsitzenden *André Schollbach*.



Mitmenschlichkeit, Solidarität und Rücksichtnahme sollten das Gebot der Stunde sein, anstatt zu verunsichern, Misstrauen zu sähen und die Mitmenschen bewusst zu gefährden.

»Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, werde Gäste,

die gegenwärtige Lage ist ernst und herausfordernd, und zwar sowohl für jeden einzelnen Menschen, als auch für unsere gesamte Gesellschaft. Nicht wenige Menschen leiden unter Einsamkeit. Sie sehnen sich danach, endlich ihre Angehörigen, Bekannten und Freunde wiederzusehen. Gemeinsam etwas zu unternehmen, miteinander zu lachen, sich in den Arm zu nehmen, ganz einfach: Endlich wieder einander nah zu sein.

Nicht wenige Menschen sind in Trauer, weil sie ihre Lieben an das Virus verloren haben. Nicht wenige Menschen sind verzweifelt angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage, der Ungewissheit, wie lange die Einschränkungen noch dauern und was danach kommen mag.

Auch und gerade für Familien mit Kindern stellt die aktuelle Situation eine große Belastung dar. Homeoffice, pa-

rallel dazu Kinderbetreuung und die Bewältigung des ohnehin anspruchsvollen Alltags bringen die betroffenen Eltern vielfach an die Belastungsgrenze. Auch im 21. Jahrhundert bleiben leider die zusätzlichen Lasten immer noch allzu oft an den Frauen hängen: Von der Verteilung der Hausarbeit bis hin zu den beträchtlichen Gehaltsunterschieden zwischen Frauen und Männern bestehen nach wie vor große Ungerechtigkeiten, die dringend beseitigt werden müssen.

Die Regierung hat in den vergangenen Monaten weitreichende Entscheidungen getroffen, um die Ausbreitung von Corona einzudämmen, um die Gesundheit der Menschen zu schützen, um Leben zu retten. In unserer Demokratie hat selbstverständlich jeder Mensch das Recht, die Regierung dafür öffentlich zu kritisieren, deren Handeln zu hinterfragen und vermeintliche oder

tatsächliche Fehlentscheidungen anzuprangern. Aber jede Demokratin und jeder Demokrat, der demonstriert, kritisiert und seine Meinung zum Ausdruck bringt, trägt dabei auch eine Verantwortung für sein Handeln. Wer Seit' an Seit' mit der extremen Rechten marschiert, wer sich mit Leugnern der Pandemie gemein macht, wer grundlegende natur-

»Der Mensch steht im Mittelpunkt – nicht die Dicke seines Geldbeutels.«

André Schollbach

wissenschaftliche Erkenntnisse negiert und Fakten ignoriert und wer – wohlge-merkt in Ausübung seiner Grundrechte – allen Ernstes für sich eine Rolle in Anspruch nimmt, die jener der Widerstandskämpfer gegen die Nazibarbarei gleichkommt, der wird dieser Verantwortung nicht gerecht und stellt sich selbst ins gesellschaftliche Abseits.

Demgegenüber gibt es aber durchaus grundlegende gesellschaftliche Probleme, die jetzt in der Pandemie wie unter einem Brennglas sichtbar werden und dringend einer ernsthaften Debatte bedürfen: Bundesweit wurden Pflegeheime und Krankenhäuser jahrelang auf die Erzielung möglichst hoher Gewinne getrimmt. Gesundheit wurde zur Ware degradiert. Wir von der LINKEN vertreten den Standpunkt, dass auch und gerade im Gesundheitswesen der Mensch im Mittelpunkt stehen muss und nicht die Dicke seines Geldbeutels.

Im vergangenen Frühjahr wurden einmal mehr die zum Teil verheerenden Konsequenzen der Globalisierung deutlich, als es auch im reichen Deutschland einen Mangel an wichtigen Medizinprodukten gab, weil deren Produktion am anderen Ende der Welt konzentriert ist. Wir von der LINKEN sind der Auffassung, dass die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden müssen. Das wäre im Übrigen auch deutlich nachhaltiger und umweltfreundlicher, als ständig riesige Warenmengen rund um den Globus zu schicken.

Ich will mich noch einem anderen Punkt zuwenden: In diesen Tagen wird verstärkt über Freiheit und deren Einschränkung diskutiert. Das ist zunächst einmal legitim. Aber jener Freiheitsbegriff, der in diesen Diskussionen immer wieder vertreten wird, lässt mich erschauern. Denn was bitte ist es für eine Form von Freiheit, die keinerlei Rücksicht nimmt auf andere Menschen. Auf Kranke. Auf Alte. Auf Schwache? Was bitte ist es für eine Form von Freiheit, der Werte wie Mitmenschlichkeit und Solidarität fremd sind? Was bitte ist es für eine Form von Freiheit, in der nur das eigene Ich und die eigene grenzenlose Selbstverwirklichung zählen – selbst auf die Gefahr hin, dass dies auf Kosten der Gesundheit oder gar des Lebens anderer Menschen geht? Es ist eine vulgäre und zutiefst egoistische Form der Freiheit.

Treten wir derartigen Positionen entschlossen entgegen und streiten wir gemeinsam für jene Werte, die erfreulicherweise von vielen Menschen geteilt und gelebt werden. Werte, wie Solidarität, Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Gemeinschaftssinn.«

GLEICHSTELLUNG

Mehr queere Schutzräume – auch in Dresden



Vielleicht bald auch in Dresden: Geschützte Räume, als Möglichkeit trans*- und inter*geschlechtliche Menschen vor Diskriminierung zu schützen

Acht von zehn befragten Jugendlichen berichten in der Studie des Deutschen Jugendinstituts »Coming Out – und dann ...?!« mindestens einmal Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität erlebt zu haben. Trans*- und gender*diverse Jugendliche sind dabei noch häufiger betroffen.

Auch aus der Studie der LAG Queeres Netzwerk Sachsen geht hervor, dass LGBTIQ*-Personen überdurchschnittlich häufig von Diskriminierung und Gewalt betroffen sind. Diese findet in der Schule, in der Familie, auf Arbeit, im öffentlichen Raum, im Internet oder in Vereinen statt.

Bei Sport- und Freizeitangeboten erleben trans*- und inter*geschlechtliche Menschen durch ihre Identität Ausgrenzung und Diskriminierung. Stigmatisierung und gesellschaftliche Normen führen dazu, dass Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene bestimmte Angebote nicht wahrnehmen. Der zweigeschlechtli-

che Schulsport zum Beispiel und die damit verknüpfte gemeinsame Nutzung von Umkleidekabinen sind eine Herausforderung. Nicht selten verzichten Jugendliche und Erwachsene zum Beispiel darauf schwimmen zu gehen, weil die zwingende Relevanz einer Geschlechtlichkeit, der sie nicht angehören und das Anstarren, Mustern und Kommentieren in Badekleidung diskriminierend ist.

In verschiedenen Städten in Deutschland gibt es in den Schwimmbädern bereits Angebote nur für trans*- und inter*geschlechtliche Menschen. So zum Beispiel in Köln, Berlin und Göttingen. Awareness-Konzepte mit Regelungen für einen respektvollen und rücksichtvollen Umgang miteinander, Ansprechpersonen als Unterstützung oder das Fehlen der geschlechtlichen Zuschreibungen an den Umkleiden sollen dazu verhelfen, einen geschützten Raum für Menschen zu schaffen, die ein reguläres Angebot kaum nutzen würden. Eine schöne Idee, die sicher auch für Dresden interessant ist.

Leo Lentz

Kein Obelisk für Nazis

Bereits 2016 reichte die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Grünen einen Antrag zur Umgestaltung des Obeliskens in Nickern ein. Seit Anfang dieses Jahres bewegt sich etwas.

Der dreiseitige Obelisk steht zentral in Altnickern, in der Nähe des ansässigen Bäckers. Deshalb wird er wohl von vielen Menschen – mehr oder weniger bewusst – wahrgenommen. 1945 – 13. Februar ist auf jeder der drei Seiten zu lesen. Darunter finden sich auf zwei Seiten Inschriften: »Wir gedenken der Opfer des anglo-amerikanischen Bombenterrors« sowie »Dass sie nicht sinnlos in ihren Gräbern ruhn, liegt nur an unserm Willen, unserm Tun.«

Für Neonazis ist dieser Obelisk mittlerweile zum Wallfahrtsort geworden. Die Inschriften passen zu ihrer Interpretation der Luftangriffe von englischen und amerikanischen Bombern vom 13. bis 15. Februar als »anglo-amerikanischer Bombenterror«. Das zweite Zitat zierte sogar eines der Transparente, die sie in diesem Jahr bei ihrer Gedenkveranstaltung mit sich führten. Dem sinnlosen Sterben am 13. bis 15. Februar 1945 soll also im Nachhinein irgendein Sinn zugesprochen werden.

Diese Inschriften, losgelöst vom Zweiten Weltkrieg, losgelöst vom faschistischen Völkermord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden, losgelöst von der deutschen Verantwortung für circa 60 Millionen Tote weltweit, lassen zu viel Spielraum für Missbrauch, der in einem Massenaufmarsch von Neonazis im Jahr 2016 gipfelte.



Stadträtin Margot Gaitzsch nimmt an der virtuellen Menschenkette teil, hier fotografiert am Obelisk in Nickern.

Vor diesem Hintergrund entstand ein Antrag, den DIE LINKE gemeinsam mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen in den Stadtrat einbrachte und der

Ziel ist es, Nazis diesen Stein als Pilgerort zu entziehen.

am 3. November 2016 vom Stadtrat beschlossen wurde. Darin wird der Oberbürgermeister beauftragt, »das Areal mit dem Gedenkstein so zu gestalten, dass sowohl die Erinnerung an die Toten der beiden Weltkriege als auch die kritische Auseinandersetzung mit den Ursachen für Krieg und Vernichtung ermöglicht wird.« Die AG »13. Februar« sollte dem Ortsbeirat Prohlis, dem Ausschuss für Kultur und Tourismus sowie dem Stadtrat unter Einbeziehung sachkundiger Bürger:innen bis zum 30. No-

vember 2017 Variantenvorschläge für die Umgestaltung zur Entscheidung vorlegen. Von der AG »13. Februar« wurde ein Vorschlag erarbeitet. Aber dann lag die Arbeit still und die Zeit verging.

Zwischenzeitlich legten Menschen Hand an den Obelisk und äußerten so ihren Unmut über dessen Inhalt. Endlich, am 12. Januar 2021, legte die Verwaltung einen konkreten Gestaltungsvorschlag im Kulturausschuss vor. Grundidee ist nun, auf einer Tafel, die dem Obelisk beige stellt, die Entstehungsgeschichte des Obeliskens sowie eine historische Einordnung des Geschehens um den 13. Februar 1945 aufzuschreiben.

Eine Gruppe aus Vertretern von LINKEN, Grünen, SPD, CDU, FDP und einem sachkundigen Bürger übernahm die Überarbeitung des von der Verwaltung vorgeschlagenen Textes. Bis jetzt ist er noch nicht wirklich zufriedenstellend. Zum einen werden vor allem jugendliche Betrachter nicht richtig in die Geschichte eingeführt und zum anderen erreicht der Text noch nicht das Ziel, den Nazis diesen Stein als Pilgerort zu entziehen. Bis zur Vorlage am 3. März im Ortsbeirat Prohlis steht noch viel Arbeit an.

Margot Gaitzsch

■ Wer konkrete Vorschläge hat, kann diese gern an margot.gaitzsch@stadtrat.dresden.de schicken.

Von Hellerau über Lidice nach Waldheim

An dieser Stelle folgt der dritte und letzte Teil über die Aufarbeitung der Geschichte des Festspielhauses Hellerau.

Wo wurden die in Hellerau ausgebildeten Polizeieinheiten eingesetzt? Dies konnte man bereits im September 1939 in der NSDAP-Gauzeitung »Freiheitskampf« lesen. Dort wurde die Rolle der Polizeibataillone sehr offen geschildert: »Die deutsche Armee [...] hatte alle Mühe, dem weichenden Feinde auf den Fersen zu bleiben und musste es den nachrückenden Kräften überlassen, ihr den Rücken frei zu halten und im besetzten Gebiet den nicht minder wichtigen Kampf hinter der Front schnell und, wenn nötig, rücksichtslos zu Ende zu führen.

Dies war und ist in der Hauptsache Aufgabe der [...] Formationen der Ordnungspolizei [...] Wir erfahren von den Aktionen im Bromberger Gebiet, wo ein Polizeibataillon im Verein mit den Kameraden der Sicherheitspolizei eingesetzt war und marodierende polnische Banden unschädlich machte [...] Unsere [...] deutsche Polizei sorgt in jeder Beziehung für Ordnung und Sicherheit [...] In Sosnowitz machten die Polizeibataillone mit Insurgenten und Dachschrützen nach Straßenkämpfen und Hausdurchsuchungen kurzen Prozeß.«

Noch ist die gesamte Geschichte der Polizeischule aufzuarbeiten, aber bereits jetzt gibt es erste Hinweise, beispielsweise auf eine Verbindung von Hellerau zur Ermordung der Einwohner von Lidice.



Das Haupthaus des Festspielhauses Hellerau.

Wer waren die Ausbilder bzw. die Lehrer an der Polizeischule Hellerau? Einer von ihnen war der Taktiklehrer und letzte Kommandeur Fritz Göhler. Er wurde 1897 in Dresden als Sohn eines Professors geboren. Neben seiner umfangreichen Lehrtätigkeit war er unter anderem von 1940 bis 1941 Bataillonskommandeur des sogenannten Ski-Bataillon 251 in Norwegen und von 1942 bis 1943 Kommandeur des motorisierten Polizeiregiments 5 in Belgrad. Im Februar 1946 wurde er in Dresden verhaftet.

1950 wurde er in der DDR während der Waldheimer Prozesse wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit als einer der Hauptverbrecher zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1954 wurde die Strafe auf zehn Jahre reduziert; später wurde er entlassen. Kurz danach ging er in die Bundesrepublik.

1942 verfasste Göhler zusammen mit Hanns bzw. Johannes Wirth, ebenfalls Ausbilder und Kommandeur in Hellerau, das Buch »Schutzpolizei im Kampfeinsatz. Handbuch der Taktik des Polizei-

bataillons«. Für die Neuausgabe des Buches 1954 wurde die Sprache an die neue Zeit angepasst; die Taktikübungen fanden aber immer noch in Hellerau und Umgebung statt. Beide waren später Mitbegründer der sog. Kameradenhilfe, die unter anderem Absprachen und »Rechtsberatung« zwischen den ehemaligen Angehörigen der Polizeibataillone bei drohenden Ermittlungen in der BRD organisierte. 1991 rehabilitierte ihn das Bezirksgericht Dresden, bevor er 1995 starb.

Johannes Wirth war – ebenso wie Hermann Franz – bereits ab 1923 Verbindungsmann der NSDAP in der sächsischen Polizei; unter anderem bildete er den Frontbann und SA-Führer in Dresden aus. Er galt als Seele der national-

Die Rolle dieser Polizeibrigade ist erst in Ansätzen erforscht.

sozialistischen Organisation in der sächsischen Polizei vor 1933, ohne dass er offiziell Mitglied der NSDAP war. Seit etwa Mitte des Jahres 1940 war er der wahrscheinlich am längsten in Hellerau tätige Ausbilder und Kommandeur. Zum Ende des Krieges wurde in Hellerau die Polizeibrigade Wirth für die Verteidigung der in Christianstadt ansässigen Sprengstofffabrik aufgestellt, ausgebildet und eingesetzt. Die Rolle dieser Polizeibrigade ist erst in Ansätzen erforscht. Auch die Geschichte der Südtiroler, die ab Sommer 1943 in Hellerau ausgebildet wurden, muss noch aufgearbeitet werden. Ab Oktober 1943 dolmetschten diese für die ebenfalls in Hellerau für die italienische SS ausgebildeten hunderte italienische Freiwillige. *Esther Ludwig*



Das Blockieren von AfD und Freien Wählern trug keine Früchte – die Kommunale Kulturförderung wurde mehrheitlich beschlossen.

KOMMUNALE KULTURFÖRDERUNG BESCHLOSSEN

Nun kann's weitergehen

Endlich ist sie beschlossen, die dringend benötigte Kulturförderung der Stadt Dresden. Über 70 Institutionen – von der Volkshochschule bis zum Musikclub, vom Geschichtsverein bis zur Migrantenorganisation – können also für dieses Jahr aufatmen. Sie bekommen Geld für Miete und Personal und können ihrer sinnvollen Arbeit nachgehen. Außerdem wurden fast hundert Projekte gefördert, darunter so renommierte wie die Stadtteilstiftung, »Jugend musiziert« und diverse Ausstellungsprogramme. Eigentlich hätte die Entscheidung wie jedes Jahr noch im Dezember im Kulturausschuss fallen können, denn normalerweise wird die Kulturförderung zuvor in Facharbeitsgruppen diskutiert und schließlich am Ende des Jahres von den Fachpolitiker:innen im Kulturausschuss beraten und beschlossen. Dass dies im alten Jahr stattfindet, ist wichtig, da die Kulturschaffenden, Künstler:innen und Akteur:innen Sicherheit für ihre Projekte brauchen.

Diesmal war es anders: die rechten Fraktionen AfD und Freie Wähler haben die Entscheidung mit ihrem Minderheitenrecht in den Stadtrat gehoben. Das hat an der Entscheidung nicht das Mindeste geändert. Aber es hat die betroffenen Kulturschaffenden und Künstler:innen verunsichert und schikaniert. Sie wussten nicht, ob sie in diesen schweren Zeiten der pandemiebedingten Einschränkungen ihrer Arbeit nicht noch weitere Unsicherheiten abfangen mussten. Das ist genau so gewollt von den Rechten im Rat. Sie haben sich auf die Kultur der freien Szene eingeschossen und werden auch weiterhin Versuche unternehmen, Kulturförderungen zu verhindern. Ihre Argumente dagegen sind nicht fachlich – ja, hanebüchen. Zum Glück stehen die demokratischen Fraktionen geschlossen für eine sich stetig weiter entwickelnde Kulturförderung. Freie Träger der Kunst- und Kulturarbeit in der Stadt verdienen Anerkennung und Wertschätzung und keine Schikanen. *Magnus Hecht*



Neben Klopapier und Seife sollten auch Damenhygieneartikel auf öffentlichen Toiletten bereit gestellt werden.

DAMENHYGIENEARTIKEL AUF ÖFFENTLICHEN TOILETTEN

Für alle Fälle kostenlos

Bereits im Kommunalwahlprogramm der LINKEN im Stadtverband Dresden heißt es: »Dresden stellt kostenlose Damenhygieneprodukte für den Bedarfsfall auf öffentlichen Toiletten zur Verfügung.« So sollen neben Toilettenpapier, Wasser und Seife auch künftig Hygieneprodukte für die Menstruation bereitgestellt werden. Um diese Forderung auch langfristig in Dresden umsetzen zu können, hat Stadtrat Tilo Kießling zu diesem Thema als ersten Schritt bereits Mitte Januar eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, wie viel es kosten würde, die insgesamt circa 1180 Toiletten in städtischen Einrichtungen, die auch vom Publikumsverkehr benutzt werden, mit Damenhygieneartikeln auszustatten. Den Vorstoß der SPD-Fraktion, die inzwischen einen entsprechenden Antrag eingebracht hat, begrüßt

die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich. Er bietet eine gute Grundlage, um dieses Thema weiter zu bearbeiten und die Antworten aus der Anfrage bei der Beratung und Diskussion in den Ausschüssen einfließen zu lassen. Die Antwort der Verwaltung fiel folgendermaßen aus: Statte man die Toiletten mit einem Automaten aus, so würde diese Nachrüstung laut Stadtverwaltung etwa 400 Euro pro Toilette betragen, zuzüglich laufender Kosten für Materialien, gesicherte Geldtransporte und die Dienstleistungen für das regelmäßige Füllen und Reinigen der Automaten. Durch das große Angebot an Produkten gehe die Stadtverwaltung zudem von wachsenden Kosten aus, die bis jetzt nicht kalkulierbar seien. DIE LINKE wird sich auch trotz der angespannten finanziellen Lage der Stadt für eine Umsetzung dieser Forderung einsetzen. *Die Redaktion*

Finanzstabilität in der Gleichstellungsarbeit

Die Haushaltsverhandlungen sind abgeschlossen und glücklicherweise konnten die durch Oberbürgermeister Hilbert vorgesehenen Kürzungen abgewendet werden.



Dank der Haushaltsverhandlung können wichtige Projekte in der Frauenbildungsarbeit und Beratungsstellen erhalten bleiben.

Konnten wir in den Jahren mit rot-grün-roter Mehrheit noch einen deutlichen Ausbau der Gleichstellungsarbeit durch zusätzliche Gelder im Haushalt bewirken, war es in den aktuellen Verhandlungen mit Grünen, CDU, SPD und FDP viel schwieriger, mehr Mittel bereitzustellen. Weder bei der CDU noch bei der FDP spielt Gleichstellungspolitik eine Rolle – im Gegenteil, sie wird sogar an manchen Stellen bekämpft. Einigen der von uns in den vergangenen Jahren neu aufgenommenen Angeboten drohte das Aus, so zum Beispiel dem Präventionsprojekt »StoP – Stadtteile oh-

ne Partnergewalt« und der (Allein-) Erziehendenmesse des Frauenförderwerkes.

Es ist uns in den Verhandlungen gelungen, die von Oberbürgermeister Hilbert vorgeschlagene Summe um weitere 150.000 Euro aufzustocken, was ein großer Erfolg ist. Das bedeutet, alle bestehenden Projekte bleiben erhalten, kein Träger muss aufgeben. So gibt es weiterhin die mittlerweile gut etablierte Arbeitslosenberatung für Frauen im FrauenBildungsHaus, inklusive und integrative Anlauf- und Beratungsstellen für Betroffene häuslicher Gewalt (D.I.K. – Dresdner Inter-

ventions- und Koordinierungsstelle) und vielfältige Angebote in der Bildungsarbeit (z.B. *sowieso* Frauen für Frauen e. V.).

Gerade in der Corona-Krise und den damit einhergehenden Einschränkungen nehmen Probleme und Belastungen zu. Einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung zufolge sind es insbesondere Frauen, die den Großteil der Mehrarbeit stemmen, die Betreuung und Beschulung der Kinder übernehmen und die durch das viele Zu-Hause-Sein zusätzlich anfallende Hausarbeit erledigen. Gleichzeitig sind einige von der Krise besonders hart betroffene Branchen klassische Frauenberufe und von Jobverlusten bedroht (zum Beispiel das Hotel- und Gaststättengewerbe) oder aber von massiver Mehrarbeit belastet (zum Beispiel die Pflegebranche und der gesamte Bildungsbereich).

Vor dem Hintergrund erscheint es zynisch, dass der Oberbürgermeister gerade in den Bereichen des Haushalts, die Frauen in verschiedenen Situationen Unterstützung bieten, Kürzungen einplant. Das konnten wir abwenden. Darüber hinaus gilt es nun besonders, die Auswirkungen der Corona-Krise zu analysieren und daraus entstandene zusätzliche oder gänzlich neue Bedarfe aufzugreifen.

Pia Barkow



Hebammen und Geburtshelfer werden in Dresden weiterhin unterstützt.

SOZIALES

Geburtshilfe weiterhin gefördert

Zum Jahresbeginn gab es eine gute Nachricht für Hebammen und Geburtshelfer in Dresden: Der Zuschuss für die Wochenbettbetreuung und Geburtshilfe wird weiterhin durch die Landeshauptstadt gezahlt. Für dieses und das kommende Jahr sind jeweils 200.000 Euro durch den Stadtrat beschlossen worden. Für folgende Leistungen können Zuschüsse beantragt werden: Für jede Wochenbettbetreuung gibt es einen Zuschuss von einmalig 30 Euro. Jede begonnene Geburt in einem Geburtshaus oder in einer Praxis wird mit 100 Euro und eine begonnene Hausgeburt beziehungsweise Beleggeburt in einem Krankenhaus wird mit 200 Euro bezuschusst. *Die Redaktion*

■ Das Antragsformular ist unter www.dresden.de/geburtshilfe zu finden.



Die Parkgebühren sollten in einem Schritt und nicht in kleinen Dosen erhöht werden, fordert Stadtrat Tilo Wirtz.

Verkehrswende oder Geldquelle?

Die Verhandlungen der Stadtratsfraktionen um die Erhöhung der Parkgebühren gingen in der zweiten Februarhälfte in die entscheidende Phase.

Neben verkehrspolitischen Motiven traten spätestens mit dem Beschluss des Doppelhaushaltes 2021/22 auch finanzpolitische Aspekte hinzu. Demnach sind höhere Einnahmen aus Parkgebühren schlicht im Doppelhaushalt als fester Posten eingeplant. Aus der haushaltspolitischen Kooperation aus Grünen, CDU, LINKEN, SPD und FDP entstand daher die Verpflichtung, sich an einen Tisch zu setzen und einen gemeinsamen Kompromiss zu finden. Denn, wenn ein Drittel des Rates gar keine Erhöhung möchte, heißt ablehnt, ein Drittel eine gemäßigte und ein weiteres Drittel eine hohe fordert, gäbe es am Ende mangels Mehrheit gar nichts. Das wäre in jedem Fall zu wenig, denn die Parkgebühren wurden seit 2006 nicht mehr angehoben, im Gegensatz zu den Fahrpreisen der DVB und der allgemeinen Inflation.

Der Oberbürgermeister war zwischenzeitlich auf Vorschläge aus dem Rat scheinbar eingegangen und hatte seinerseits seinen ursprünglichen Vorschlag mit einem Änderungsantrag modifiziert. Allerdings verschlimmbesserte er die Situation, indem er am Ende seine Preise insbesondere in den durch Anwohnerparken geprägten Zonen 2 und 3 noch einmal erhöhte. Hinzu kam, dass die Verwaltung die Erhöhung in drei Stufen jährlich vornehmen wollte, was das Thema nicht nur bis zur Kommunalwahl 2024 in der Diskussion gehalten, sondern auch noch pro Erhöhung 170.000 Euro zusätzlich gekostet hätte. Darüber bestand also auf der Seite des Stadtrates schon mal Einigkeit. Nämlich eine Erhöhung in einem Schritt und nicht in kleinen Dosen durchzuführen. Außerdem sollen Carsharing und E-Mobilität teils von Parkgebühren befreit werden. Dies ist für DIE LINKE schon ein Zugeständnis. Denn Neuwagen werden vor allem von der oberen Vermögens- und Einkommens-

kala neu zugelassen und von Firmen – und dabei noch üppig subventioniert.

Weiterhin war Konsens, dass es im Stadtzentrum, besser in Zone 1, weiterhin einen Tagesmaximaltarif geben soll. Für DIE LINKE kristallisierte sich heraus, dass Hebammen, Sozial- und Pflegedienste und auch Handwerksbetriebe im Einsatz von Parkgebühren befreit werden sollen oder nur eine Pauschale entrichten. Dass eine Pflegekraft ihre Strecke bei Wind- und Wetter täglich mit dem Fahrrad abfährt, sowieso aber schon einen Knochenjob machen muss, scheint nicht realistisch. Weitere wichtige Änderungen in der Vorlage sind voraussichtlich die Überführung der Antonstadt in die Parkzone 1 Stadtzentrum, um dem besonderen Parkdruck in der Neustadt zu entsprechen. Denn die Knappheit an Parkplätzen dort führt zu viel vergeblichem Parksuchverkehr.

Die soziale Schere wird durch höhere Kosten nicht geschlossen.

Nicht nur für DIE LINKE ein Spannungsfeld, die Verteuerung des Autoverkehrs führt auch zu grüner Gentrifizierung, denn die finanzielle Daumenschraube tut zuerst denen weh, die sich prekär ein Auto leisten. Die soziale Schere beim modal split, je wohlhabender, desto öfter wird mit dem Auto gefahren, wird durch höhere Kosten nicht geschlossen, sondern sie geht noch mehr auf. *Tilo Wirtz*

STADTBILD

Diskussion um die Vergabe der Außenwerbung

Sichtbare Werbung in der Stadt ist oft auf sogenannten Stadtmöbeln angebracht, also den Wartehäuschen, öffentlichen Toiletten, beleuchteten Werbesäulen oder hier und da auf Uhren. Für all diese Werbung im öffentlichen Raum auf öffentlichen Anlagen ist eine Genehmigung erforderlich. Diese wird traditionell als Konzession an große Werbefirmen vergeben, deren Gegenleistung dann in Geld oder eben in der Errichtung und Unterhalt der Stadtmöbel liegt. Weil diese Konzessionen nicht für alle Ewigkeit gelten, befasst sich der Stadtrat in größeren Abständen mit diesem Thema. Und weil es hier tatsächlich für die Stadt, aber natürlich auch für die Werbefirmen sehr viel Geld zu verdienen gilt, ist die Diskussion darum auch ziemlich intensiv. Deswegen hat der Stadtrat bereits im vergangenen Jahr die Verwaltung beauftragt, vor einer Ausschreibung der Außenwerberrrechte diese Ausschreibung dem Stadtrat vorzulegen und sich eine Bestätigung zu holen.

Unsere Fraktion ist der Meinung, dass sich die Stadt Dresden an der Berliner Vertragsgestaltung orientieren sollte. Dort gehören die Wartehäuschen und anderen Werbeträger nicht der Werbefirma, sondern den Verkehrsbetrieben. Die Werbefirma erhält nur das Recht, die Werbeeinhalte einzubringen, das Geld was sie dafür zahlt reicht bei weitem für den Erhaltungsaufwand der Stadtmöbel. Damit gehören die öffentlichen nutzbaren Einrichtungen der Stadt wieder der öffentlichen Hand, und über deutlich kurzfristigere Vertragslaufzeiten mit den Werbefirmen kann die Beteiligung der Stadt am wirtschaftlichen Erfolg noch weiter erhöht werden. Und last but not least kann damit auch besser auf inhaltlich schwierige Werbung, wie zum Beispiel sexistische oder militaristische Werbung, Einfluss genommen und diese verhindert werden.

Tilo Kiebling



Der Stadtrat debattiert über die Neufassung der Außenwerberrrechte.



Finden Ausschuss- und Ratssitzungen in Dresden bald online statt?

GANZHINTEN LINKS

Streng geheim

Unter Corona ist auch das städtische Regieren kompliziert geworden. Stadtratsausschüsse mussten aus den Ausschussräumen in den Plenar- und den Festsaal des Rathauses umziehen, der Stadtrat selbst tagt in der Messe. Dieses Ungeheuer wollte der Landtag den kommunalen Räten gern ersparen und veränderte noch 2020 die Gemeindeordnung so, dass künftig auch Online-Ratssitzungen möglich sind. Durchschlagend war die Wirkung freilich nicht. Zwar experimentierte man in Leipzig mit einem Online-Stadtrat, die Dresdner Ratsmitglieder mussten sich jedoch im Januar in der kalten Messehalle treffen. Vergessen hatte der Gesetzgeber eines: Videokonferenzen sind nur bei öffentlichen Sitzungen möglich. Schließlich weiß man ja nie, wer außerhalb des Blickwinkels der Computerkamera sitzt. Nun gibt es aber im Stadtrat auch nichtöffentliche Tagesordnungspunkte; im Ausschuss ist fast alles nichtöffentlich: Mit öffentlichen Ausschusssitzungen tut sich die Sächsische Gemeindeordnung schwer, diese sind fast nie vorgesehen. Frage: Mühsen sich die Ratsmitglieder weiter mit Maske im Rathaus treffen oder könnte der lästige Virus sogar dazu führen, dass der Landtag künftig eine prinzipiell transparentere Ratsarbeit erlaubt?

Jens Matthis

KULTUR

Hoffnung für 150 Dresdner Bands

Vor einigen Wochen wurden kurzfristig Proberäume von etwa 150 Bands (circa 280 Betroffene) gekündigt, die sich in einem alten sanierungsbedürftigen Gebäude in Klotzsche befinden. LINKEN-Stadträtin Anja Apel reagierte sofort und beriet darüber mit der Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch. Diese agierte sofort und trat mit den städtischen Betrieben in Kontakt um kurzfristig andere freistehende Räume als Proberäume anbieten zu können. So stehen zumindest 500 Quadratmeter stehen nun durch die Drewag zur Verfügung. Das deckt aber nur ein Viertel des Bedarfes ab. Zudem fand ein Gespräch zwischen dem Eigentümer, der DD Immobiliengesellschaft GmbH und den Bands statt, moderiert durch die Bildungsbürgermeisterin. Die Mietverträge werden nun noch einmal bis zum 31. Dezember 2021 verlängert und die Bands können in ihren Räumen weiter proben. Erfreulich ist, dass der Investor auch noch einmal die 60.000 Euro Mehrkosten übernimmt. DIE LINKE arbeitet derzeit an einer Lösung, wie den Dresdner Bands auch künftig von städtischer Seite aus geholfen werden kann.

Die Redaktion



Durch schnelles Engagement der LINKEN und Kulturbürgermeisterin Anne Klepsch konnte den 150 Bands kurzfristig geholfen werden.

UMWELT

Naturstadtprojekt für mehr biologische Vielfalt



Die Blaue Holzbiene ist mit einer Körperlänge von 23 bis 28 Millimetern die größte heimische Wildbienenart.

Am Bundeswettbewerb »Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt« haben sich insgesamt 310 Städte, Gemeinden und Landkreise beteiligt. Aus den Wettbewerbsbeiträgen wählte eine Jury die 40 besten Projektideen aus. Darunter wurde Dresden mit 25.000 Euro Preisgeld ausgezeichnet. In den kommenden zwei Jahren wollen das Umweltamt der Stadt Dresden, der BUND Dresden und eine Wildbienenexpertin mit dem Projekt »Dresdner Wildbienengärten« interessierte Kleingärtner für mehr Artenvielfalt in ihren Gärten begeistern und gemeinsam insektenfreundliche Lebensräume entwickeln – insbesondere für die seltenen Solitärbiene und -wespen.

Die Fraktion DIE LINKE und der Stadtverband »Dresdner Gartenfreunde« e. V. begrüßen die Initiative, denn der Natur- und Artenschutz muss verstärkt auf Wildbienen gerichtet werden. So wirkt sich unter anderem auch die Nahrungskonkurrenz zur Honigbiene negativ auf den Bestand der Wildbienen aus. Hier gilt als Faustregel: Wildbienen-schutz nutzt immer den Honigbienen, aber Honigbienen-schutz nicht immer den Wildbienen! Katharina Hanser

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
Fax: 0351/4882823
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Thomas Feske, Jana Neveling,
Susann Dietzschold

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske,
Margot Gaitzsch, Katharina Hanser,
Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo
Kießling, Leo Lentz, Esther Ludwig, Jens
Matthis, André Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss

11.2.2021

Bildnachweise

Dresden/pixsels (1, 3); Wikimedia Commons (2);
Unterricht/pixsels (2); chuttersnap/unsplash (4);
Dieter Gaitzsch (4); Tilo Wirtz (5); Free Photos/
pixabay (5); natracare/unsplash (6); Frauen/pixsels
(6); Schwangerschaft/pixsels (6); fill/pixabay
(7); anaterate/pixabay (7); Laptop/pixsels (8);
Proberaum/pixsels (8); Radfotosonn/pixabay (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von
3000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat